

Europa will mehr Verantwortung für Kolumbien übernehmen

Kolumbienforum der WELT in Berlin. Vizepräsident Gustavo Bell bekräftigt: "Unsere Demokratie ist stabil"

Berlin - Die internationale Staatengemeinschaft muss sich aktiv an der Lösung des Kolumbienkonfliktes beteiligen, da sie vor allem durch den beständig steigenden Drogenkonsum in den Vereinigten Staaten und Europa eine Mitverantwortung für ihn trägt. Diese Meinung vertrat Paul Collier, Leiter der Entwicklungsforschung der Weltbank, bei einem Kolumbienforum, das DIE WELT zusammen mit der kolumbianischen Botschaft in Berlin veranstaltete.

Collier forderte außerdem von den Industrieländern eine härtere Kontrolle der zur Herstellung von Drogen nötigen chemischen Zusatzstoffe. Dieser Meinung schloss sich auch Astrid Schomacker an, die für die Europäische Kommission an dem Forum teilnahm. Sie bekräftigte, dass der Konflikt in Kolumbien immer mehr auch europäische Sicherheitsinteressen betreffe: "Europa muss sich der Tatsache stellen, dass die Destabilisierung Kolumbiens durch Terrorismus und Drogen gefährliche Auswirkungen auf die gesamte Region hat und Europas langfristige Interessen dort bedroht". Sie verteidigte das Konzept der EU, durch Förderung alternativer Anbauprodukte für die Kokabauern Anreize zu schaffen, vom Kokaanbau abzukommen. Im Übrigen versuche Brüssel Kolumbien in ganz

besonderem Maß zu fördern, in dem man gerade für dieses Land ein besonders günstiges Zollpräferenzsystem zu Anwendung bringt. Dieses übertrage man jetzt auch auf die anderen Andenstaaten. Dies sei ein wichtiger Beitrag zur Wirtschaftsförderung der ganzen Region. Die EU widme sich mit verschiedenen Programmen auch der stärkeren Integration der Andengemeinschaft.

Schomacker lobte die Friedensinitiative des scheidenden Präsidenten Andrés Pastrana und behauptet, durch sie sei Europa viel mehr als früher in den kolumbianischen Konflikt eingebunden: "Aus dieser Verantwortung können wir uns nicht mehr wegstellen." Allerdings sei auch ein stärkeres Engagement der Vereinten Nationen unerlässlich. Mit ihnen und internationalen Organisationen müsse man Pläne entwickeln zu einer möglichen Wiedereingliederung der Guerilla-Kämpfer von Farc und ELN.

Gustavo Bell, kolumbianischer Vizepräsident und Verteidigungsminister, bekräftigte, in Kolumbien gebe es keinen Bürgerkrieg, sondern den Kampf kleiner, gut bewaffneter Gruppen gegen die überwältigende Mehrheit der 41 Millionen Kolumbianer: "Umfragen beweisen, dass die wachsenden Terroranschläge die Unterstützung für die Rebellen immer weiter zurückgehen lässt." Im Übrigen sei die Demokratie in Kolumbien aber so stark, dass die Menschen - trotz Terror - von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hätten. Auch Georg Boomgaarden, Lateinamerikabeauftragter des Auswärtigen Amtes, wies auf die besondere Verantwortung hin, die Europa für die Beilegung des Konfliktes in Kolumbien habe. Dieses sei um so wichtiger, als Kolumbien eine der stabilsten Demokratien in der ganzen Region sei: "Wer unter diesen Bedingungen zur Wahl geht, der beweist Mut und einen tiefen Glauben an die Demokratie." Boomgaarden meinte, es sei "beängstigend und sehr gefährlich", dass die Farc versuche, durch massive Einschüchterungen - und vor allem Todesdrohungen - die demokratischen Institutionen Kolumbiens zu unterhöhlen. Er meinte, es werde wichtig sein, dass auch der neugewählte Präsident Alvaro Uribe, der am 7. August die Regierung übernimmt, mit den Rebellen weiterverhandelt, aber auch, dass die internationale Staatengemeinschaft den Terrorismus der Farc "in aller Form verurteilt und ächtet".

Lidaine Zumpolle, die für Pax Christi Holland an dem Forum teilnahm, verurteilte vor allem die von den Rebellen praktizierte "Entführungsindustrie". Erst durch diese sei es ihnen gelungen, sich riesige Geldquellen zu erschließen: "Die Rebellen in Kolumbien hängen gar nicht mehr ab von der Unterstützung durch die Bevölkerung, sondern nur noch von Entführungszahlungen und Drogengeldern."